

Britische Teuerungsrate klettert auf 3,1 Prozent

Erklärschreiben an den Schatzkanzler wird fällig

Börsen-Zeitung, 13.12.2017
hip London – In Großbritannien hat sich der Preisauftrieb im November etwas beschleunigt. Wie das Statistikamt ONS mitteilt, stieg die Teuerungsrate von 3,0% im Oktober auf 3,1%. Höhere Preise für Flugtickets nach der Pleite von Monarch Airlines spielten dabei keine unwesentliche Rolle. Ökonomen hatten im Schnitt schon im Vormonat einen Anstieg auf 3,1% auf der Rechnung. Diesen Monat hatten sie 3,0% angesetzt und lagen erneut daneben.
Die Inflation hat sich nun mehr als 1 Prozentpunkt vom Zielwert der Bank of England entfernt. Der Gouverneur der Notenbank, Mark Carney, wird Schatzkanzler Philip Hammond schriftlich erklären müssen, wie er das Inflationsziel von 2,0% erreichen will. Seinem Vorgänger George Osborne musste er noch per Brief erläutern, wie er die weit unter dem Zielwert dahindümpelnde Teuerungsrate wieder auf Trab bringen will. Den „einfachsten Brief der Welt“, nennt der bei BoA Merrill Lynch für Großbritannien zuständige Volkswirt Robert Wood das nun fällige Schreiben. „Er könnte etwa so lauten: ‚Lieber Herr Hammond, bitte sehen Sie sich die Auswirkungen des

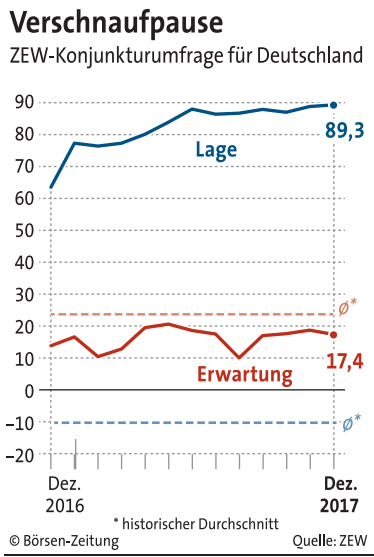
Brexit auf das Pfund an‘.“ Veröffentlicht wird der Brief wohl erst zusammen mit dem Inflationsbericht im Februar 2018. Der Großteil des Preisdrucks wird importiert. Die Effekte der Abwertung des Pfund lassen bereits nach.
„Wir erwarten, dass der Preisauftrieb auf dem derzeitigen Niveau im Schlussquartal seinen Höhepunkt erreicht“, sagte Amit Kara, Head of UK Macroeconomic Forecasting am National Institute of Economic and Social Research (NIESR). Bei der renommierten Denkfabrik geht man davon aus, dass die Inflation Mitte 2019 den Zielwert der Zentralbank erreichen wird. NIESR prognostiziert, dass die Bank of England den Leitzins alle sechs Monate erhöhen wird, bis er Mitte 2021 auf 2% gestiegen ist. Den nächsten Zinsschritt erwarten die Ökonomen des Thinktanks im Mai 2018.
Das geldpolitische Komitee der Bank of England hatte bereits am Montag Zugang zu einer ONS-Schätzung der Teuerungsrate bekommen. Es darf also davon ausgegangen werden, dass es den Anstieg in seinem Zinsentscheid berücksichtigen wird, der am Donnerstag veröffentlicht wird.

Konjunkturzuversicht der Börsianer leidet etwas

ZEW-Barometer fällt im Dezember

Börsen-Zeitung, 13.12.2017
ba Frankfurt – Die Konjunkturzuversicht von Finanzmarktexperten hat im Dezember etwas gelitten. Erstmals nach vier Zuwächsen in Folge haben die ZEW-Konjunkturerwartungen nachgegeben. Das derzeit noch unklare Ergebnis der Regierungsbildung in Deutschland habe den insgesamt unverändert positiven Ausblick für die deutsche Wirtschaft für die nächsten sechs Monate „nicht signifikant beeinflusst“, erläuterte ZEW-Präsident Ambach. Die 207 befragten Analysten und institutionellen Anleger sähen jedoch „einen negativen Einfluss auf den weiteren Verlauf der Brexit-Verhandlungen sowie anstehende Reformen der EU“. Das ausführliche Ergebnis der Sonderfrage, die sich auf die Auswirkungen der schwierigen und langwierigen Regierungsbildung in Deutschland bezieht, soll am Freitag im ZEW-Finanzmarktreport veröffentlicht werden.

Ende November waren die Sondierungen für eine Jamaika-Koalition aus Union, Grünen und FDP überraschend gescheitert. Ab dem heutigen Mittwoch starteten die Gespräche zwischen Union und SPD mit einem Spitzenreffen zwischen SPD-Parteichef Martin Schulz und Fraktionschefin Andrea Nahles mit CDU-Chefin und Kanzlerin Angela Merkel und CSU-Chef Horst Seehofer. Wegen des Widerstands gegen eine große Koalition („Groko“) prüft die SPD nun eine neue Form der Regierungszusammenarbeit: Die „Koko“, ein Modell, bei dem nur bestimmte Kernprojekte im Koalitionsvertrag verankert werden (vgl. Bericht Seite 6).
Dass die ZEW-Konjunkturerwartungen für Deutschland im Dezember um 1,3 auf 17,4 Punkte gefallen sind, ist für Ökonomen kein Grund zur Besorgnis – auch wenn sie nur



ein Minus auf 18,0 Zähler erwartet hatten. „Hierfür läuft es in der deutschen Wirtschaft derzeit einfach zu rund“, findet Thomas Gitzel, Chefökonom der VP Bank. Die Auftragsbücher seien gut gefüllt und die Beschäftigungssituation besser denn je. Die aktuelle Lage wurde in der aktuellen ZEW-Umfrage zudem etwas besser beurteilt als im Vormonat und liegt mit 89,3 Saldenpunkten nur 2 Zähler unter dem historischen Höchststand vom Frühjahr 2011 – und dies, obwohl in der vergangenen Woche schwache Produktions- und Exportdaten für Oktober gemeldet worden waren. Insofern spräche das ZEW-Barometer für eine Verstärkung des Aufschwungs, sagt Christian Lips von der Nord/LB.
Analog läuft die Entwicklung im Euroraum: Der Erwartungsindikator ist um 1,9 auf 29,0 Punkte gesunken, wohingegen die Lagekomponente um 2,9 auf 50,7 Zähler zugelegt hat.

Tarifverdienste steigen 2017 erneut stärker als die Preise

Deutlicher Zuwachs von 2,3 Prozent

Börsen-Zeitung, 13.12.2017
Reuters Berlin – Die Löhne von rund 17 Millionen tariflich Beschäftigten in Deutschland sind 2017 stärker gestiegen als in den beiden Vorjahren. Sie legten einschließlich Sonderzahlungen um durchschnittlich 2,3% zum Vorjahr zu, wie das Statistische Bundesamt gestern nach ersten Berechnungen mitteilte. 2016 gab es ein Plus von 2,0%, 2015 von 2,1%. 2014 fiel der Zuwachs mit 3,2% besonders deutlich aus.
Die Tarifverdienste steigen damit das sechste Jahr in Folge kräftiger als die Preise, was die Kaufkraft der Beschäftigten erhöht. Nach Progn-

se des Sachverständigenrates wird die Inflationsrate in diesem Jahr bei 1,7% liegen. Allerdings waren die realen Lohnzuwächse in den vergangenen Jahren höher, weil die Teuerungsrate wegen niedriger Ölpreise stark gedrückt wurde.
Im kommenden Jahr verhandeln die DGB-Gewerkschaften für rund 9,7 Millionen Beschäftigte einer Übersicht des WSI-Instituts zufolge über neue Tarifverträge. Die größten Branchen sind die Metaller mit rund 3,9 Millionen Beschäftigten, der öffentliche Dienst von Bund und Gemeinden (2,5 Millionen) und das Bauhauptgewerbe (700 000).

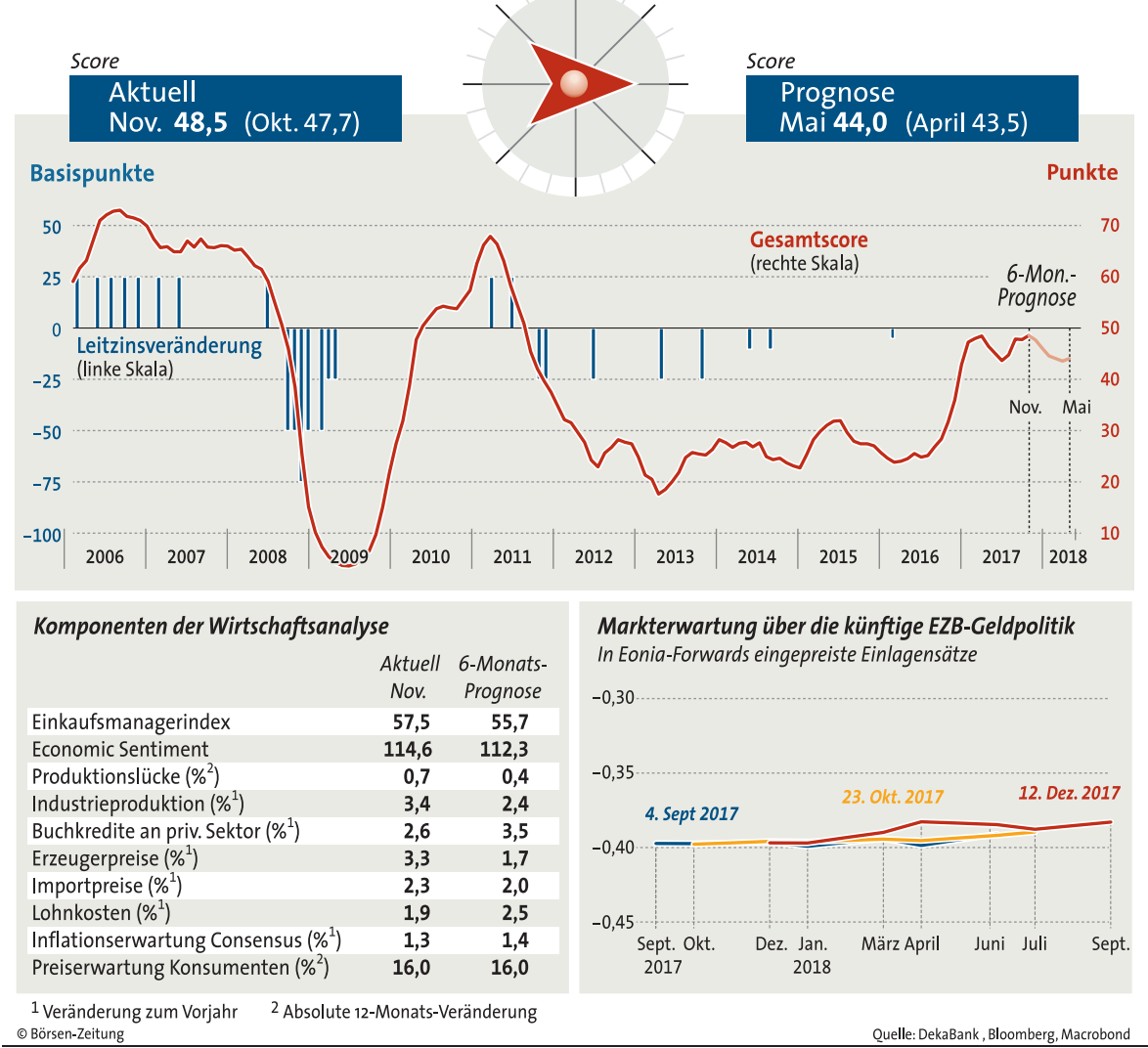
Deka: EZB geht auf Nummer sicher

Volkswirte: Euro-Hüter tun „lieber zu viel als zu wenig“ – Neue Projektionen der Notenbank im Fokus

Große Entscheidungen sind nicht zu erwarten von der morgigen EZB-Sitzung. Beobachter warten aber auf mögliche Signale, wie es 2018 weitergeht – nicht zuletzt in Sachen Kommunikation.

Börsen-Zeitung, 13.12.2017
ms Frankfurt – Die Europäische Zentralbank (EZB) wird im Kampf gegen eine aus ihrer Sicht zu niedrige Inflation „lieber zu viel als zu wenig“ tun – davon ist die DekaBank überzeugt. Im Kommentar zum neuen Deka-Zinskompass, der jeweils vor einer geldpolitischen Sitzung in der Börsen-Zeitung veröffentlicht wird, argumentiert Deka-Volkswirt Kristian Tödtmann, dass die konjunkturelle Lage im Euroraum umfangreiche Wertpapierkäufe der EZB eigentlich nicht mehr rechtfertige. Trotzdem geht die Bank davon aus, dass die EZB an ihrem Plan festhält, bis mindestens Ende September 2018 zu kaufen – und auch an dem Versprechen, notfalls sogar nachzulegen.
Der EZB-Rat hatte Ende Oktober sein Anleihekaufprogramm (Quantitative Easing, QE) über Ende 2017 hinaus bis Ende September 2018 verlängert – wenn auch ab Januar mit einem reduzierten monatlichen Kaufvolumen von 30 Mrd. Euro statt aktuell 60 Mrd. Euro. Das Ende von QE hatte er explizit offengelassen – weswegen nicht zuletzt Bundesbankpräsident Jens Weidmann dagegen war. Zuletzt hat sich die wirtschaftliche Lage weiter spürbar verbessert – die Inflation aber ist mit zuletzt 1,5% weiter nicht im Bereich des EZB-Ziels von unter, aber nahe 2%.
Für die Sitzung am morgigen Donnerstag sind keine großen Beschlüsse zu erwarten. Zuletzt hatten sich aber eine Reihe Euro-Notenbanker mit Aussagen vorgewagt, dass eine abermalige QE-Verlängerung über September 2018 hinaus unwahrscheinlich sei – als einer der ersten Irlands Zentralbankchef Philip Lane im Interview der Börsen-Zeitung (vgl. BZ vom 10. November). Zudem hat zuletzt die Debatte Fahrt aufgenommen, inwieweit die EZB ihre Kommunikation anpassen muss. Beides steht am Donnerstag im Fokus.
Tödtmann verweist nun darauf, dass angesichts der wirtschaftlichen Lage die QE-Käufe „nicht mehr angemessen“ seien. Der Wert des Deka-Kompasses, der die für die EZB relevanten Daten zusammenfasst, erreichte im November 48,5 Punkte – wobei der Anstieg breit basiert war

Deka-EZB-Kompass für Dezember 2017



und sowohl von den Konjunkturindikatoren als auch von der Kreditvergabe sowie den Inflations- und Kostenindikatoren ausging. Positiv bewertet Tödtmann wie andere Ökonomen auch insbesondere den Anstieg der Investitionstätigkeit.
Aus Sicht der EZB sieht Tödtmann allerdings das Problem, dass die

ONLINE

Einen Link zu weiteren Informationen über die Kompass-Methodologie finden Sie unter <https://www.boersen-zeitung.de>

Kerninflation (ohne Energie und Lebensmittel), die als besserer Gradmesser für den zugrundeliegenden Inflationsdruck gilt, weiterhin nicht spürbar anzieht. Zuletzt lag sie nur bei 0,9%. Grund ist insbesondere das schwache Lohnwachstum.
Der EZB-Experte geht deshalb davon aus, dass die Notenbank auf Nummer sicher gehen wird und keine voreilige Kehrtwende vollziehen wird. Zugleich betont er aber, dass die EZB zunehmend an selbst gesetzte Grenzen stoße. Das gilt etwa für die Vorgabe, nicht mehr als 33% einer Anleihe und eines Emittenten zu erwerben. Sollte die EZB noch einmal mehr tun wollen, habe sie vor al-

lem die Möglichkeit, in Aussicht zu stellen, noch lange Zeit auslaufende Anleihen neu anzulegen – und so die Notenbankbilanz auf dem aktuell sehr hohen Niveau zu halten.
Bei der Sitzung am Donnerstag werden insbesondere auch die neuen Projektionen der EZB-Volkswirte für Wachstum und Inflation im Mittelpunkt stehen. Erstmals gibt es dann auch Einschätzungen für das Jahr 2020, das mit Blick auf die verzögerte Wirkung geldpolitischer Maßnahmen von besonderer Bedeutung ist. Viele Beobachter erwarten eine Projektion für die Euro-Inflation im Jahr 2020 von rund 1,8% – also im Bereich des 2-Prozent-Ziels.

Deutsche Firmen sorgen sich vor US-Protektionismus

Außenhandelskammer-Umfrage: Firmen wollen trotzdem verstärkt in die Vereinigten Staaten investieren

Börsen-Zeitung, 13.12.2017
det Washington – Trotz andauernder Sorgen um protektionistische Tendenzen in den USA will die deutsche Wirtschaft ihre Präsenz auf dem amerikanischen Markt weiter ausbauen. „Deutsche Unternehmen bewerten ihre Perspektiven in den USA weiterhin sehr positiv und rechnen mit dauerhaft robusten Geschäftsmöglichkeiten“, sagte Carol Neubauer, Vorsitzender der deutsch-amerikanischen Außenhandelskammer in New York.
Die konjunkturellen Aussichten und das geschäftliche Umfeld werden nach Darstellung des neuen German American Business Outlook (GABO), welcher von der Handelskammer veröffentlicht wurde, insge-

samt günstig beurteilt. Laut GABO rechnen nur 2% der befragten Unternehmen mit negativem Wirtschaftswachstum in den USA. Gleichzeitig berichten zum ersten Mal in der Geschichte des Berichts sämtliche deutschen Firmen, die an der Umfrage teilnahmen, dass sie verstärkt in den USA investieren wollen.
Eine Herausforderung stellt nach Angaben der Unternehmen allerdings die Knappheit an qualifizierten Fachkräften dar. Dem Mangel an Fachkräften wollen die Konzerne unter anderem mit Lehrlings- und Ausbildungsprogrammen entgegenwirken. Entsprechende Programme sind bei einem Viertel der in den USA tätigen Firmen entweder im Gange oder in Vorbereitung. Ziel ist

es laut Außenhandelskammer, auf diesem Wege maximale Produktivität sicherzustellen. Aus diesem Grund wird auch Investitionen in digitale Infrastruktur deutlich größere Bedeutung beigemessen als in herkömmliche Infrastrukturprojekte.
Sorgen bereiten den Konzernen allerdings die protektionistischen Töne aus den USA. Drei Viertel der 1900 Unternehmen, die an der Befragung teilnahmen, beschrieben offene Märkte als unverzichtbar für den Fortbestand ihrer Wertschöpfungsketten. Mehr als die Hälfte vertrat die Auffassung, dass für die US-Regierung „Marktoffenheit“ ein zentrales Anliegen sein sollte, um ein günstiges Geschäfts- und Investitionsklima herzustellen. Nach Darstel-

lung von Andreas Glunz von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG, die an der Studie mitwirkte, „sind 76% der deutschen Unternehmen für ihre Lieferketten auf offene Märkte angewiesen“.

Von Vorteilen profitieren

Trotz der eindeutigen Nachteile, welche die beiden im Repräsentantenhaus und dem Senat vorliegenden Versionen eines neuen Steuergesetzes ausländischen Unternehmen bringen würden, bleibt die Handelskammer optimistisch. Deutsche Konzerne „freuen sich darauf, von den Vorteilen einer umfassenden Steuerreform zu profitieren“ betonte Neubauer.

Brüssel kritisiert US-Steuerreform

Börsen-Zeitung, 13.12.2017
dpa-afx Staßburg – Die geplante US-Steuerreform trifft auch bei der Europäischen Kommission auf Kritik. Wie Deutschland und vier weitere EU-Länder warnte gestern auch die Brüsseler Behörde vor negativen Folgen. Der vorliegende Entwurf der US-Reform könnte zu unfairen Handelspraktiken führen und gegen Abkommen zur Doppelbesteuerung verstoßen, sagte Vizekommissionspräsident Jyrki Katainen. „Es besteht das Risiko, Handel und Investitionen zwischen unseren beiden Volkswirtschaften zu beschädigen“, fügte er hinzu. Die EU-Kommission erwarte, dass jede US-Steuerreform nicht diskriminiere und internationale Regeln einhalte. Man werde die US-Behörden deswegen kontaktieren, sagte Katainen.